## KURZ NOTIERT

## von Luise Malchert

## ■ Sieg der NLD - Sieg der Demokratie?

Der Sieg der *Nationalen Liga für Demokratie* (NLD) hinterlässt ein Gefühl der Euphorie, nach Jahrzehnten der politischen Exklusion haben die Menschen in Myanmar ihre Stimme erneut erhoben.

2010 fanden die ersten Wahlen nach dem von der Militärregierung 2003 aufgestellten Plan zur Transition des Landes in eine demokratische Zukunft statt. Damals sprach sich die NLD für einen Wahlboykott aufgrund der unfairen Praktiken und Mechanismen der Wahl aus. Am 8. November 2015 wurde nun zum zweiten Mal gewählt, dieses Mal erhielt die NLD nach ersten Hochrechnungen die absolute Mehrheit.

Die NLD stand 1990 zusammen mit Aung San Suu Kyi schon einmal vor einem Wahlsieg, doch das Militär verhinderte das und riss die Macht erneut an sich. Besorgte Stimmen warnen jetzt vor einer Wiederholung der Geschichte. Doch Vieles ist anders als vor 25 Jahren. Das Militär hat in den vergangenen Jahren seine politische Macht gezielt für eigene ökonomische Interessen in einem stärker globalisierten

Myanmar eingesetzt. Ein Rückfall in alte Muster würde der Position des Militärs erheblich schaden, da es so seine selbst zugesprochene Rolle als Instanz der Gestaltung und Kontrolle Myanmars auf dem Weg zur Demokratie entwerten würde. Außerdem hat das Militär zivile Institutionen aufgebaut und sich so außerhalb der militärischen Sphäre in der Gesellschaft verankert. Und nicht zuletzt behält das Militär 25 Prozent der Sitze im Parlament – Garant für Mitsprache und Kontrolle.

Dennoch erinnert vieles an die Vergangenheit, wie zum Beispiel die schwer belastete Beziehung zwischen der NLD und dem Militär, aber auch die autoritäre Absetzung von Thura Shwe Mann drei Monate vor der Wahl. Der damalige Vorsitzende der militärgestützten Regierungspartei Union der Solidarität und Entwicklung (USDP) hatte sich unter anderem für die Aufhebung des Verbots von Kandidaten mit Angehörigen ausländischer Staatsbürgerschaft ausgesprochen. Von dieser Änderung der Verfassung hätte in direkter Weise Aung San Suu Kyi profitiert, deren Söhne die britische Staatsbürgerschaft haben, was sie als Kandidatin ausschloss. Vor allem aber war Shwe Mann eine politische Gefahr für das Militär, denn er wollte die Kontrolle über die Präsidentschaftskandidaten in den Händen der politischen Parteien sehen.

Der Sieg der Oppositionspartei NLD ist vor allem der Person Aung San Suu Kyi zuzuschreiben und Resultat einem eines über Dekaden gewachsenen Unmuts über die Militärherrschaft. Welche Rolle die politischen Parteien in Myanmars Zukunft spielen werden, bleibt offen, doch sicher ist, sie stehen vor großen Herausforderungen. Die Wahl zu gewinnen war die leichteste Übung verglichen mit dem, was jetzt folgt. Der Umgang mit eventuell unerfüllten Hoffnungen auf politische Ämter, der Umgang mit den Menschen, ihren Wünschen und Enttäuschungen über den versprochenen Wandel sind große Aufgaben der nächsten Regierung.

Irrawaddy 13.11.2015

## ■ Eine exklusive Wahl!

Der Machtkampf politischer Fraktionen im Land entlud sich in besonders drastischer Weise an der Registrierung muslimischer Kandidaten im Vorfeld der Wahlen. Sowohl die USDP als auch die NLD machten ihre Position deutlich und stellten keine muslimischen Kandidaten auf. Außerdem wurde den in vergangen Jahren verfolgten muslimischen Rohingya ihr Wahlrecht komplett aberkannt. Muslime sind die zweitgrößte Glaubensgruppe in dem mehrheitlich buddhistischen

Land, ihr Anteil beträgt offiziell vier Prozent der Gesamtbevölkerung, inoffiziell dürfte ihre Zahl deutlich höher sein.

Auch Shwe Maung, gewähltes Mitglied des Parlaments der USDP 2010 und Rohingya, wurde von den Wahlen am 8. November 2015 ausgeschlossen, Grund war das angebliche Fehlen eines ausreichenden Nachweises darüber, dass seine Eltern zum Zeitpunkt seiner Geburt Staatsbürger Myanmars waren. Seit den Gewaltausbrüchen 2012 und der wach-

senden Feindseligkeit gegenüber Muslimen ist Shwe Maung ein Fürsprecher der Rohingya, der für mehr Rechte der muslimischen Minderheit eintritt. Viele seiner Wähler in 2010 waren Rohingya, die damals die sogenannte White Card, einen nur temporär gültigen Ausweis, besaßen. Mit dem Entzug der White Card durch Präsident Thein Sein im Februar 2015 ist ihre Teilnahme an den Wahlen unmöglich geworden.

Mizzima 9.9.2015

Die Autorin ist Südostasienwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ruhr-Universität Bochum.